

Pierre-Yves Le Borgn'

Jour de France / Hannover

Sonntag, den 22. Januar 2017

Sehr geehrte Laure Dréano-Mayer, sehr geehrter Jürgen Grabowski, sehr geehrter Pierre-Marie Plet, chers compatriotes, liebe Gäste.

Erlauben Sie mir bitte zunächst, mich herzlichst bei Ihnen für Ihre Einladung zu bedanken.

Ich bedauere sehr, dass ich trotz meiner vorherigen Ankündigung heute an diesem Festtag nicht bei Ihnen sein kann. Auf Grund einer dringenden und unvorhergesehenen Abstimmung im Europarat, wird meine Anwesenheit in Straßburg benötigt. Da ich ihnen meine Rede aber nicht vorenthalten möchte, habe ich sie kurz auf Video aufgezeichnet. Anlässlich des *Jour de France* wünsche ich ihnen allen hiermit einen interessanten Morgen im *Institut français* in Hannover.

Anlässlich des 54. Jahrestages des am 22. Januar 1963 unterzeichneten deutsch-französischen Freundschaftsvertrages, wage ich mich Ihnen einen politischen Ausblick auf das Jahr 2017, durch meine deutsch-französische Brille, zu bieten. Dabei werde ich versuchen die große Bedeutung dieses Jahres für die weitere Entwicklung der Europäischen Union, wie auch für die der deutsch-französischen Beziehungen zu umreißen.

Das gemeinhin als „Elysée-Vertrag“ bekannte Übereinkommen stellt eine einzigartige Zäsur dar, zwischen einem Zeitalter, da die Beziehungen unserer beiden Länder geprägt waren von deutsch-französischer Feindschaft, hin zu einer veritablen deutsch-französischen Freundschaft. Wir dürfen an dieser Stelle nicht vergessen, dass die von 1871 bis 1945 umfassende Zeitspanne, also lediglich 74 Jahre -oder um es plastischer zu sagen: in etwa ein Menschenleben – unseren Vorfahren Anlass gab, sich drei Mal bis aufs heftigste und unerbittlichste zu bekriegen. Der Friede zwischen unseren beiden Nationen und in Europa währt nun schon 72 Jahre und wir täten gut daran, alles dafür zu tun, dass dies auch so bleibt. Es ist eine jener Errungenschaften der Nachkriegszeit, dass auf die unschätzbar große Barbarei der deutschen Nationalsozialisten, eben keine von Rachegeleiten Politik und Revanchismus folgten, sondern das unermüdlichen Streben nach Frieden.

Bereits sechs Jahre zuvor legten die Gründungsstaaten der heutigen Europäischen Union mit den „römischen Verträgen“ den Grundstein für unsere europäische Nachkriegsordnung - wir feiern 2017 ihr 60. Jubiläum. Oft wird dieser Prozess der letzten 60 Jahre zu Recht als „Prozess der europäischen Einigung“ beschrieben. (Darin steckt zunächst das „sich Vereinigen“ als Erkenntnis, dass Europa nur gemeinsam wieder aufgebaut werden kann, sowie das „sich Einig sein“, dass sich eine Katastrophe wie der zweite Weltkrieg samt des Holocausts niemals wieder auf europäischem Boden ereignen darf.)

1963 ging also jene Epoche zu Ende, die von „deutsch-französischer Erbfeindschaft“ geprägt gewesen war. Das sich hieraus eine tiefgehende Freundschaft entwickeln konnte, ist nicht zuletzt der Verdienst der durch den Elysée-Vertrag angestoßenen Annäherungen. Die damals formulierten Ziele einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, eine Zusammenarbeit im Bereich Jugend und Erziehung und die Förderungen einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik sind heutzutage aktueller denn je. Die gegenseitigen Konsultationen der Führungsebene unserer beiden Staaten in regelmäßigen und kurzen Abständen, sind nach wie vor einzigartig in der politischen Landschaft. Aber nicht nur auf institutioneller Ebene, sondern auch auf Bürgerebene hat dieser Vertrag weitreichende Konsequenzen mit sich gebracht. Das sich-kennen und lieben lernen zwischen Franzosen und Deutschen, es wäre ein anderes gewesen ohne die hervorragende Arbeit von Deutsch-französischem Jugendwerk, der Deutsch-französischen Hochschule, sowie unzähligen lokalen und privaten Initiativen.

Aber auch eine europäische Einigung wäre ohne eine deutsch-französische Freundschaft niemals zu dem geworden, was sie heute für uns ist: der Garant für Frieden, Verständigung und grenzenlosem Austausch – nahezu überall auf unserem Kontinent.

Diese kurze Bilanz aus historischer Sicht, mag sie auch noch so positiv ausfallen, darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, dass immensen Herausforderungen gerade heute vor uns liegen.

Meine Damen und Herren, wobei wir im Jahre 2017 angelangt wären.

1. Herausforderungen an die deutsch-französischen Beziehungen im Jahre 2017

Dieses Jahr hält mit den Bundestagswahlen hier in Deutschland und mit den französischen Präsidentschafts- und Parlamentswahlen, zwei wegweisende Ereignisse für uns bereit. Es liegt ans uns allen, den in den letzten Jahren begonnen Kampf der neuen autoritären Rechten anzunehmen. Es liegt an uns allen zu zeigen, dass es bei uns keine Mehrheit für europafeindlichen Parolen gibt, die auf die Probleme unserer globalisierten Welt mit Vereinfachung und mit Abschottung reagieren. Wir alle müssen zeigen, dass sich eine Art „Brexit“ oder die Wahl eines Donald Trump zum Präsidenten weder in Deutschland, noch in Frankreich wiederholen werden. 2017 muss das Jahr werde, dass in krassem Kontrast steht, zu den Ereignissen des Jahres 2016 und nicht in dessen Kontinuität.

Rechtspopulismus

Und wir dürfen uns nichts vormachen, liebe Freundinnen und Freunde. Ob der politische Widersacher nun Frauke Petry oder Marine Le Pen heißt, das Ziel in beiden gemein: der Bruch mit all dem, wofür wir stehen, mit all dem womit wir uns identifizieren und mit all dem, was wir in unserem gesellschaftlichen Zusammenleben als achtenswert betrachten. AfD und der Front National stellen ein radikales Gegenkonzept zu dem Gesellschaftsmodell auf, in dem wir heute leben. Das Gefühl, dass es keinen Unterschied macht, ob man bei großen nationalen Abstimmungen links oder rechts wählt, es war in Teilen beider Gesellschaften diesseits und auch jenseits des Rheins zu finden. Aber ich kann euch versichern, dass es dieses Jahr einen größeren Unterschied macht denn je. Von Themen wie europäischer Einigung, über unseren modernen Wertekanon, bis hin zur Frage wer zu unserer Gesellschaft dazu gehört, stehen die Forderungen von Rechtsaußen in beiden Ländern in einem krassen Widerspruch zu dem, wie wir leben möchten. Uns genügt der Blick nach Ungarn oder nach Polen um zu erfahren, was alles möglich ist, wenn autoritäre Parteien legal die Macht erlangen. Wir erleben in Polen gerade etwas, das in Viktor Orbans Ungarn bereits abgeschlossen zu sein scheint und zwar eine Art Gleichschaltung der Gesellschaft. Es beginnt mit der Neubesetzung wichtiger Posten in Presse- und Nachrichtenorganen, vollzieht sich weiter über die Entlassung von andersdenkenden Redakteuren und endet zu allerletzt in der Verbannung ganzer Themenkomplexe aus der öffentlichen Meinung. Ob die Gegner der neuen Rechten Schriftsteller, Parlamentarier oder sogar Verfassungsrichter sind, spielt keine Rolle, sie alle werden versucht mundtot zu machen, wenn sie sich der neuen Denkart nicht unterordnen. Grundrechte wie Meinungs- und Pressefreiheit und Werte wie gelebter Pluralismus sind Errungenschaften die sich in Deutschland und in Frankreich über Jahrhunderte hart erkämpft worden sind, gegen Vorherrschaften von Kirche, Monarchie und totalitären Regimen und ich bin nicht gewillt, diese, unsere Werte aufzugeben!

Der Front national möchte Frankreich aus dem „euro-atlantischen Raum herausbrechen“ und der Begriff „deutsch-französische Beziehungen“ kommt in dem Programm der AfD nicht ein einziges Mal vor. Wer gegen das „Diktat aus Brüssel“ hetzt und seine Außen- wie auch Innenpolitik über Abschottung und Ausgrenzung definiert, hat auch nichts übrig für hart erarbeitete und tausendfach gelebte deutsch-französische Freundschaft. Wir müssen uns, in beiden Ländern, mit allen uns als überzeugten Demokraten zur Verfügung stehenden Mitteln entschlossen für unsere Werte einsetzen.

Deutsch-französische Vertiefung als Antwort

Man kann den politischen Gegner an der Wahlurne und im Diskurs bezwingen, aber das setzt voraus, dass man die besseren Antworten auf die Probleme von heute und von morgen hat. Die Probleme unserer Zeit bekämpft man jedoch nicht durch einen Rückzug in die Einzelstaaterei, sondern nur gemeinsam. Die Herausforderungen der globalisierten Welt, der Kampf gegen den international agierenden Terrorismus, das Abschwächen der

Klimaerwärmung und die weltweiten Flüchtlingsströme, all dies sind Beispiele für Probleme, die Deutschland und Frankreich gleichermaßen betreffen. Die Lösung dieser Aufgaben gelingt daher selbstverständlich nur gemeinsam durch eine partnerschaftliche Beziehung beider Staaten zueinander.

Wir müssen uns daher auch im Jahre 2017 die Frage nach dem Stand der deutsch-französischen Beziehungen stellen. Wie nah sind sich unsere beiden Länder wirklich? Wie gut funktioniert die politische Abstimmung zwischen den Regierungen? Und wie problemlos lässt es sich als Franzose in Deutschland leben oder umgekehrt? Ich konstatiere auf all diesen Ebenen einen gut funktionierenden status quo, aber ich habe nicht mehr das Gefühl, dass die deutsch-französische Freundschaft ein Anliegen der ersten Priorität ist.

Sprache und Austausch

Das Fundament jedes kulturellen Austausches ist zu allererst die Verständigung mit dem anderen und dies funktioniert nur über Sprache. Und gerade auf diesem Feld breitet sich bei mir seit einiger Zeit eine immer grösser werdende Sorge aus. Die schädlichen Ambitionen der Landesregierung von Baden-Württemberg zur Streichung des Französischunterrichts in Grundschulen und die Abschaffung der zweisprachigen Klassen in Frankreich, sind nur Vorboten einer besorgniserregenden Tendenz. Genau hier müssen wir ansetzen, wenn wir nicht wollen, dass das deutsch-französische Projekt zu einem reinen Projekt der Eliten verkommt. Die Sprache des anderen zu sprechen ist elementare Grundvoraussetzung für das Verständnis der kulturellen Eigenarten des Nachbarn. Der Fremdsprachenunterricht muss auf beiden Seiten wieder stärker forciert werden, damit sich nicht in 10 oder 20 Jahren wieder zwei Bevölkerungen gegenüberstehen, die auf Grund fehlender Verständigung vorurteilsbeladen auf einander herabschauen.

Der zweite Schritt des sich näher Kommens, vollzieht sich in der Regel über Schüleraustausche, Städtepartnerschaften und Studienaufenthalte. In den letzten 54 Jahren, seit der Unterzeichnung des Elysée-Vertrags, hat sich ein beeindruckendes Netzwerk an Städtefreundschaften, Austauschprogrammen und selbst zweisprachigen Studiengängen gebildet, das weltweit seines Gleichen sucht. Ich bin jedoch trotz dieser teils beeindruckenden Bilanz der festen Überzeugung, dass dies noch nicht genug ist. In Deutschland hängt es beispielsweise nach wie vor von der Schulform ab, ob ein Schüler überhaupt die Möglichkeit bekommt französisch zu lernen oder an einem Austausch teilzunehmen. Dadurch, dass an den meisten Haupt- und Real- oder Gesamtschulen kein Französischunterricht angeboten wird, haben in Deutschland die Hälfte aller Schüler nicht einmal die Chance überhaupt französisch zu lernen. Die Deutsch-französische Hochschule in Saarbrücken, leistet Bemerkenswertes durch ihre Förderung von bilateralen Studiengängen und deren Finanzierung. Dies hat zahlreichen Studenten die Möglichkeit eines Studiums im Nachbarland eröffnet, unabhängig von der eigenen finanziellen Situation. Wer aber kümmert sich um diejenigen, die nicht Studieren, weil sie beispielsweise eine Ausbildung absolvieren oder einen anderen Weg eingeschlagen haben? In Deutschland erlangt maximal

die Hälfte der Schüler eine Hochschulreife. Der Rest bleibt aus deutsch-französischer Sicht „ungenutztes Potential“. Das Deutsch-Französische Sekretariat für den Austausch in der beruflichen Bildung hat seit seiner Gründung 1980 lediglich 95000 Teilnehmende gefördert. Verglichen mit den etwa 8 Millionen des deutsch-französischen Bildungswerks, eine verschwindend geringe Zahl. Erst wenn es uns gelingt, eine Revitalisierung des deutsch-französischen Projekts, tief in die Bevölkerung hineinzutragen, wappnen wir uns gleichzeitig gegen Abschottung und Europafeindlichkeit.

Institutionelle Vertiefung

Aber auch was die Vertretung der in Frankreich lebenden deutschen Staatsbürger angeht, sehe ich noch Verbesserungsbedarf. Es gilt hierbei zur Kenntnis zu nehmen, und die hier im Raum Hannover lebenden Franzosen können dies sicher bestätigen, dass ein im Ausland ansässiger Staatsbürger eine andere Repräsentation benötigt. Ich bin in den letzten 5 Jahren meines Mandats immer wieder mit Französischen und Franzosen in meinem Wahlkreis in Kontakt gekommen, die mir von ganz besonderen Problemen erzählten, die sich ihnen in ihrem Gastland stellen. Es ist wichtig sich genau diese Probleme anzuhören und sich ihnen anzunehmen. Ich würde mich daher freuen, in Zukunft auch einen deutschen Amtskollegen für die in Frankreich lebenden Deutschen begrüßen zu dürfen. Er würde meiner Meinung nach, dem europäischen Zeitgeist und den Bedürfnissen der Bürger Rechnung tragen.

Auf der institutionellen Ebene gehen die deutsche und die französische Staatsführung oft Hand in Hand und es hat sich auch auf der europäischen Ebene gezeigt, dass die Krisenbewältigung der EU immer dann am effektivsten funktionierte, wenn Deutschland und Frankreich sich im Europäischen Rat gemeinsam für dieselben Ziele stark gemacht haben. Es wurde im Laufe der Zeit eine Vielzahl von Instrumenten ins Leben gerufen, die einen deutsch-französischen Austausch auf dieser Ebene gewährleisten. Auch durch meine Erfahrungen im Auswärtigen Ausschuss der Nationalversammlung, der sich in regelmäßigen Abständen mit einer Delegation des Bundestages zusammensetzt, kann ich bestätigen, dass die Abstimmung beider Parlamente stattfindet. Trotzdem wäre mir persönlich daran gelegen, die Verbindung noch einen Schritt weiter führen. Der deutsch-französische Ministerrat, indem sich beide Kabinette in halbjährigen Abständen konsultieren, könnte beispielsweise durch ein deutsch-französisches Ministerium ersetzt werden, welchem die gesamte Leitung des deutsch-französischen Beziehungsgeflechts anvertraut werden. Auf diese Weise würde man die Beziehungen insgesamt stärken, da gewährleistet wäre, dass bei jeder Kabinettsitzung auf die Belange des Nachbarn eingegangen wird, soweit dies erforderlich ist. Des Weiteren könnte hierdurch eine Entbürokratisierung, des vielseitigen zivilgesellschaftlichen Engagements erreicht werden, da es einen zentralen Ansprechpartner für deutsch-französische Belange gäbe.

Dies sind, meine Damen und Herren, Fragen, die uns vor allem nach der anstehenden Wahlperiode im kommenden Herbst wieder beschäftigen werden. Wie auch immer die Wahlen verlaufen werden, die deutsch-französische Freundschaft wird eines meiner

zentralen Anliegen bleiben. Jedoch, und auch dessen bin ich mir durchaus bewusst, besteht Europa nicht nur aus Deutschland und Frankreich. Wir leben, noch, in einem Europa der 28 und jeder dieser Staaten hat ein berechtigtes Interesse daran, gehört und eingebunden zu werden.

2. Herausforderungen an die europäische Union im Jahre 2017

Brexit

2016 war ein sehr schweres Jahr, auch und vor allem für die Europäische Union. Erstmals, seit ihrem Bestehen verliert die Union einen ihrer Mitgliedsstaaten und noch dazu einen ihrer größten und wichtigsten. Die Folgen des Brexits sind noch nicht absehbar, aber es zeichnet sich bereits ab, dass Großbritannien die EU vollends verlassen wird, was selbstverständlich auch Konsequenzen für den Zugang zum gemeinsamen Binnenmarkt haben wird. Erschüttert hat mich am Votum der Britten letzten Juni vor allem Zweierlei: Die Art, mit der in London Stimmung gegen die EU und ihre Institutionen gemacht wurde und die augenscheinliche Abkehr eines Großteils der britischen Bevölkerung von fundamentalen Werten der EU, wie Personenfreizügigkeit und Solidarität. Es ist fast schon zynisch, dass der beispiellosen Willkommensgeste von Angela Merkel aus dem Sommer 2015, nun von Seiten Donald Trumps die Schuld am negativen Votum der Britten gegeben wird. (...)

Flüchtlingskrise

Es kann nicht sein, dass einzelne Länder unserer Union die Hauptlasten zu tragen haben, für ein Problem, das uns alle betrifft. Auch mein Land, und das muss ich hier in aller Deutlichkeit sagen, müsste mehr Flüchtlinge aufnehmen um Staaten wie Italien oder Griechenland zu entlasten. Es bereitet mir große Sorge, dass gerade in Osteuropa Hetze betrieben wird, gegen eine Form der Solidarität und der Menschlichkeit, von der ich immer ausging, dass sie uns als Europäer verbindet und nicht trennt. Das die Verteilung der Flüchtlinge innerhalb der EU nicht funktioniert, hat jedoch weniger etwas mit der Union an sich zu tun. Es ist eine bittere Erkenntnis, dass die Architektur der Union gerade dann eine Überforderung ausstrahlt, wenn sich die Mitgliedstaaten nicht einig sind. Ungerechterweise, wird in diesen Fällen, die fehlende Handlungsfähigkeit als Übel der Union angeprangert, obwohl es die fehlende Bereitschaft zur Einigung unter den einzelnen Staaten ist, die eine Blockade darstellt. Diese Art der Verdrehung der Tatsachen ist ein von Rechtspopulisten oft eingesetztes Mittel, bei ihrem Kampf gegen die europäische Union und für eine angebliche Souveränität.

Wirtschaftskrise in der EU

Nicht jeder, der Kritik äußert, ist gleich ein Antieuropäer, denn, auch das muss ich ehrlicherweise anerkennen, die Europäische Union bleibt viel zu oft hinter ihren selbst gesetzten Zielen zurück. Die Wahrung des Friedens in Europa darf und soll kein Selbstzweck

sein, denn sie dient auf lange Sicht nur dem Ziel den Wohlstand der Bevölkerung zu mehren und viel mehr Menschen an diesem Wohlstand teilhaben zu lassen. Genau hier liegt aber der Grund für den Unmut vieler Menschen. Betrachtet man die wirtschaftliche und soziale Lage in den meisten Ländern Südeuropas, bleibt die Europäische Union hinter ihren Versprechungen bezüglich dieser zentralen Themen zurück. Wie kann man gerade die jüngeren Generationen Europas für dieses elementare Projekt begeistern, wenn wir in vielen Regionen mit einer Jugendarbeitslosigkeit von 20-50% zu kämpfen haben? Die anhaltende Perspektivlosigkeit in diesen Teilen Europas, stellt für mich eine der Hauptgefahren für den Bestand dieser Union und für unseren Kampf gegen rechten Populismus dar. Wir brauchen, um dies zu bewältigen, wieder mehr Investitionen in Europas Zukunft. Der von Kommissionspräsident Juncker hierzu angestoßene Plan geht in die richtige Richtung, lässt aber an Volumen und an Effektivität das vermissen, was Europa bräuchte um an das Vorkrisenniveau anzuknüpfen.

Freihandel-TTIP

Ein weiterer von mir präferierter Weg wäre die Erweiterung des Welthandels durch die Ratifizierung des Handelsabkommens mit den Vereinigten Staaten. Ich bin mir durchaus bewusst, welch schlechtes Image das Freihandelsabkommen gerade in der öffentlichen Meinung in Deutschland hat, aber gerade Deutschland müsste sich bei all seinem Exportüberschuss an die Spitze der Bewegung stellen und für mehr Freihandel eintreten. Nichtsdestotrotz verstehe ich auch die vielen Einwände gegen TTIP. Die fehlende Transparenz der Verhandlungen ist mit Sicherheit einer der Hauptkritikpunkte und auch ich bin mir bewusst, dass eine Steigerung des Freihandels nur dann sinnvoll ist, wenn alle Europäer von ihm profitieren. Es ist daher für mich eine Selbstverständlichkeit, dass wir über eine faire Verteilung der Profite sprechen müssen. Die Privatisierung der Gewinne an den Finanzmärkten und die spätere Solidarisierung der Verluste im Zuge der Bankenkrise 2008, haben einen nachhaltigen Schaden im Vertrauen der Bürger in unser Wirtschaftssystem hinterlassen.

Doch bei aller Relevanz, die die wirtschaftlichen Probleme in Europa, sind bei weitem nicht das einzige, was uns für 2017 Sorgen bereiten muss.

Verteidigung und Sicherheit

Die Zeiten, in denen sich vor allem Deutschland aber auch die Europäische Union auf die uneingeschränkte Solidarität der Amerikaner in Sachen Verteidigung unserer gemeinsamen Werte verlassen konnte, scheinen mit dem Amtsantritt von Donald Trump, vor einigen Tagen, endgültig vorbei zu sein. Es ist daher an der Zeit, sich auf unsere eigenen Stärken zu besinnen und mit Stolz und Selbstbewusstsein die Werte nach außen zu vertreten, die uns in Europa wichtig sind. Dies setzt aber auch voraus, dass wir uns gemeinsam, als Europäer, Gedanken über unsere Sicherheitsarchitektur machen müssen. Selbst wenn eine weitere Vertiefung in Zeiten allgemeiner EU-Skepsis unpopulär erscheint, die außenpolitischen

Gegebenheiten des Jahres 2017 lassen keinen anderen Schluss zu, als eine weitere Integration in den Bereichen Verteidigung und Sicherheit. Eine verstärkte Kooperation erhöht nicht nur die Unabhängigkeit der EU von äußeren Akteuren, sie schafft es auch auf Grund von Synergieeffekten finanzielle Mittel in den Haushalten der 28 Mitgliedsstaaten einzusparen, die an anderer Stelle dringend benötigt werden.

Bürger und Jugend

Aber dies sind alles Vorschläge für eine bestimmte politische Agenda der EU, wie ich sie mir für 2017 und die Jahre darauf wünschen würde. Viel wichtiger ist aber meines Erachtens, dass die Bürger unserer Gemeinschaft sich mehr mit diesem großartigen Projekt identifizieren. Die Politik in Brüssel ist weit weg und viele Menschen haben das Gefühl sie würde an ihrer persönlichen Lebenswirklichkeit sowieso nichts ändern. Diese Annahme ist nicht nur unkorrekt, sie übersieht gleichermaßen, wie eng vernetzt Europa bereits ist und welche Gestaltungsmacht daher auch von den Institutionen der EU ausgeht. An dieser Stelle kann das europäische Projekt noch einiges lernen von der deutsch-französischen Freundschaft, wie sie vor genau 54 Jahren in Paris begann. So entsprang dem damaligen Elysée-Vertrag die Erkenntnis, dass eine Freundschaft zwischen Nationen nur dann von Dauer ist, wenn auch ihrer Bürger Freundschaften knüpfen. Um also das Vertrauen in die EU an sich zu stärken, ist es meiner Ansicht nach unerlässlich an der Basis zu beginnen. Was es braucht, sind Austausch-Programme wie das seit fast 30 Jahren erfolgreich funktionierende „Erasmus-Programm“, das europäischen Studenten die Möglichkeit gibt, die starren Grenzen des nationalen Bildungssystems zu überwinden. Es müsste beispielsweise einen europäischen Zivildienst geben, den alle jungen Europäer nach ihrer Schulzeit absolvieren müssen. Ich bin fest davon überzeugt, dass uns ein solcher Ansatz dabei helfen würde Ressentiments auf allen Seiten abzubauen. Wenn erst einmal polnische Jugendliche ein Jahr in gemeinnützigen Projekten in Italien gearbeitet haben und französische Jugendliche ein Jahr in Slowenien verbracht haben, der Zusammenhalt zwischen den Nationen, er würde gewiss wachsen. In gleichem Masse in dem wir das Vertrauen der Bürger in das gesamte europäische Projekt stärken müssen, müssen wir ebenfalls alles daran setzen das Vertrauen in die Institutionen zu stärken. Eine Demokratisierung durch die stärkere Einbindung des europäischen Parlaments und eventuell sogar eine Direktwahl des Kommissionspräsidenten, stellen sich mir als erstrebenswerte Neuerungen dar.

Meine Damen und Herren, sie werden vermutlich während meiner vergangenen Redezeit ein Gefühl dafür bekommen haben, was mich in diesem Bereich im Jahre 2017 umtreiben wird. Ob es sich um einen Wiederanstoß der deutsch-französischen Beziehungen oder um das Management der Probleme auf europäischer Ebene geht, das kommende Jahr verspricht

wegweisend zu werden. Ich bitte sie aber trotz aller politischen Differenzen und allen berechtigten Streitigkeiten zum Trotz nicht zu vergessen, worum es wirklich geht: Es geht um die Verteidigung der Grundsätze dass unser Leben durch die unverletzlichen und unveräußerlichen Rechte des Menschen sowie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit als universelle Werte bestimmt wird. Dies und nicht weniger, steht 2017 zur Wahl.

Ich bedanke mich vielmals für ihre Aufmerksamkeit.